



Durchwahl: 0511 3030-2152
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-48-Wo-Go)

6. Dezember 2018

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 26. November bis 1. Dezember 2018

Mittwoch, 28. November 2018

1 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (20. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 \(Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1269](#) neu

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 3) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

2. [Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1537](#)

dazu: Eingabe 00151/01/18

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab.

Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 9) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

Der Ausschuss votierte gegenüber dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag zu empfehlen, die Eingabe mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes für erledigt zu erklären.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit \(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018\)](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2023](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen](#)

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1705](#)

Der Ausschuss ließ sich von einer Vertreterin des Justizministeriums den Gesetzentwurf erläutern und führte über ihn eine allgemeine Aussprache. Er fasste ins Auge, die Einzelberatung in der Sitzung am 5. Dezember 2018 durchzuführen und dann auch die Beschlussempfehlung zu fassen, um eine Verabschiedung im Dezember-Plenum zu ermöglichen.

5. [Rechte von Transsexuellen, Transidenten, Transgender und Menschen mit entsprechender Biografie stärken](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1388](#)

Das Ausschussmitglied der Fraktion der FDP teilte mit, dass seine Fraktion beabsichtige, einen Änderungsvorschlag zu ihrem Antrag vorzulegen. Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten des Antrages gebeten worden war, vertagte vor diesem Hintergrund die Beratung.

6. [Schöffenamt stärken - Kommunen unterstützen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1359](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch eine Vertreterin des Justizministeriums entgegen. Er kam überein, den Landesverband Niedersachsen/Bremen der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten. Auf der Grundlage der heutigen Unterrichtung und der erbetenen Stellungnahme beabsichtigt der Ausschuss Anfang 2019 die Behandlung des Antrages fortzusetzen.

7. [Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1394](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch Vertreter des Justizministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie des Ministeriums für Inneres und Sport entgegen. Er kam überein, die Behandlung des Antrages Anfang 2019 fortzusetzen.

8. [Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1521](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch Vertreter des Innen- und des Justizministeriums entgegen und begann mit der inhaltlichen Beratung über den Antrag.

9. [Wirkung von Zwangsmaßnahmen erhöhen - Rechtsprechung effektiv durchsetzen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2028](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Ferner bat er den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst vor dem Hintergrund des Beschlusses des Verwaltungsgerichtshofes München vom 9. November 2018 - 22 C 18.1718 - um eine Stellungnahme zu der Frage, ob es möglich sei, gegen Amtsträger, die eine gerichtliche Entscheidung ignorierten, Zwangshaft anzuordnen.

2 Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (13. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Für eine digitale Radiozukunft](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1955](#)

Der Unterausschuss nahm zunächst eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Sodann führte der Unterausschuss zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- TU Braunschweig, Institut für Nachrichtentechnik
- Norddeutscher Rundfunk, Produktionsdirektion
- Deutschlandradio
- Niedersächsische Landesmedienanstalt
- Antenne Niedersachsen
- Radio 21
- Radio ffn
- Unternehmerverbände Niedersachsen

2. **Beschlussfassung über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur möglichen Gefährdung von Journalist*innen bei der Berufsausübung durch den neu geplanten § 32 a im niedersächsischen Polizeigesetz**

Der Unterausschuss beschloss, sich vor der Verabschiedung des niedersächsischen Polizeigesetzes durch die Landesregierung zu dem o. g. Thema unterrichten zu lassen.

3. Beschlussfassung über einen Besuch der Internationalen Funkausstellung 2019

Der Unterausschuss beschloss, die Internationale Funkausstellung am 6. September 2019 zu besuchen.

3 Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(39. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. a) [Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 \(Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1269](#) neu

- b) [Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1537](#)

Der Ausschuss nahm vor dem Hintergrund des Artikels 57 Abs. 6 NV die schriftliche Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zu den Änderungsvorschlägen der Fraktionen der SPD und der CDU zur Kenntnis. Die Arbeitsgemeinschaft hatte auf mündliche Ausführungen hierzu verzichtet.

2. a) [Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 \(Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1269](#) neu

dazu:

Vorlage 85 (MW) - Sondervermögen Digitalisierung, Maßnahmenfinanzierungsplan - Vorbereitung des AfHuF am 28.11.2018

Vorlage 90 (MI) - Parlamentarische Beratung des HPE 2019; Einzelplan 03; Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen über Kosten der IT

- b) [Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1537](#)

dazu: Eingabe 00151/01/18

- c) [Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2018 - 2022](#)
[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/1480](#)

Der Ausschuss behandelte die Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der CDU zum Haushaltsplanentwurf 2019 (politische und technische Liste) sowie den Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP betr. Grenzlandmuseum Eichsfeld und Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten. Er empfahl dem Landtag teils einstimmig, teils mehrheitlich, die Einzelpläne 01 bis 20 in der Fassung dieser Änderungsvorschläge anzunehmen. Die Vorlagen 85 und 90 nahm er zur Kenntnis.

Der Ausschuss setzte die Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2019 fort und schloss sie ab.

Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU, gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP und bei Stimmenthaltung des Ausschussmitglieds der Fraktion der AfD, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen (Vorlage 3 mit Änderungen).

Der Ausschuss setzte die Beratung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019 fort und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und der AfD gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP sowie vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Kultur, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen (Vorlage 9 mit Änderungen). Zu der in die Beratung einbezogenen Eingabe 151 empfahl er, sie für erledigt zu erklären.

Als Berichterstatter wurde Vors. Abg. Wenzel (GRÜNE) benannt. Der Ausschuss beschloss, dass zu beiden Gesetzentwürfen ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht und zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes darüber hinaus ein gesonderter schriftlicher Bericht erstattet werden soll.

Der Ausschuss nahm die Mittelfristige Planung 2018 - 2022 zur Kenntnis.

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/149](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich dem Beratungsergebnis des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. [Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/648](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

5. [Kritische Auseinandersetzung mit NS-Propaganda fördern - Dokumentations- und Lernort am Bückeberg in Emmerthal unterstützen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/645](#)

(abgesetzt)

6. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/169](#)

(abgesetzt)

7. [Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver machen - Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiterentwickeln und nicht abwerten](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/46](#)

(abgesetzt)
8. [Kita-Qualität weiterentwickeln - Kita-Qualitätsgesetz in die Tat umsetzen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/157](#)

(abgesetzt)
9. [Kita-Fachkräftemangel bekämpfen - Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütung für angehende Sozialpädagogische Assistenten und Erzieher](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/638](#)

(abgesetzt)
10. [Frühkindliche Bildung voranbringen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1069](#)

(abgesetzt)

11. Vorlagen

Vorlage 73 (MWK) - Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte;
Hochschule: Georg-August-Universität Göttingen

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

Vorlage 74 (MWK) - Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte;
Hochschule: Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

Vorlage 88 (MWK) - Zuwendungsbaumaßnahme des Landes; Haushaltsplan 2017,
Deutsches Primatenzentrum GmbH (DPZ); Neubau eines Freigeheges; hier: Vorlage gem. § 24 Abs. 3 LHO

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

Vorlage 89 (MF) - Wiederbesetzung von Stellen

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

4 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (23. Sitzung)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung erweiterte der Ausschuss die Tagesordnung einstimmig um die Behandlung des Antrags in Drucksache 18/2193 als Punkt 9.

1. [**Sektorenkopplung fördern - marktwirtschaftliche Instrumente nutzen**](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2027](#)

Nach der Vorstellung der Grundzüge des Antrags besprach der Ausschuss Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema.

2. [**Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen**](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2035](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, bis Mitte Februar 2019 hierzu eine Anhörung durchzuführen, und bat die Fraktionen, bis zum Dezember-Plenum die Anzuhörenden nach dem Schlüssel 3/3/1/1/1 zu benennen. Die Fraktion der Grünen kündigte in diesem Zusammenhang an, einen Entschließungsantrag zu diesem Thema vorzulegen.

3. [**Der Diesel muss bleiben - Möglichkeiten für die Einführung von GTL schaffen**](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2034](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema.

4. [**Hochmoor Tinner Dose erhalten - Bundeswehr muss Schäden an Umwelt und Klima ausgleichen!**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2019](#)

Der Ausschuss ließ sich unter Bezugnahme auf vorangegangene Unterrichtungen zu dem Thema „Moorbrand im Landkreis Emsland“ durch die Landesregierung ergänzend unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann begann er mit der Beratung. Ferner besprach er Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn zum Antrag zu unterrichten und dabei auch auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bundestagsdrucksache 19/5829 Bezug zu nehmen.

5. [**Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern**](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1849](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte hierzu eine Aussprache. Er kam überein, sich zu gegebener Zeit durch die Landesregierung über den Fortgang der Beratung des Entwurfs des Energiesammelgesetzes im Deutschen Bundestag und im Bundesrat unterrichten zu lassen und anschließend die Beratung des Antrags aufzunehmen.

6. [**Hochwasser effektiv vorbeugen - Frühwarnsysteme ausbauen**](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/162](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

In diesem Zusammenhang behandelte der Ausschuss eine Eingabe. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu übersenden.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

7. [Niedersachsen braucht jetzt ein eigenes LNG-Konzept!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1392](#)

Der Ausschuss beriet unter Einbeziehung des Antrags der Koalitionsfraktionen in Drs. 18/2194 zum gleichen Themenkomplex abschließend über eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT an den - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über das geplante Lagerstättenwasserversenprojekt „Siedenburg Z11“ in der Gemeinde Borstel, Landkreis Diepholz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. [Resolution zum Erhalt des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar](#)
[Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/2193](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zu dem Thema unterrichten, beriet den Antrag und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

5 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (24. Sitzung)

Beratungsthema:

[Anpassung der Dümmer und Steinhuder Meer-Verordnung \(DStMVO\) an die aktuellen touristischen und wirtschaftlichen Belange](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/834](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Region Hannover, Fachbereich Umwelt
- Initiative Pro Kite Dümmer-See
- Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Staatliche Vogelschutzwarte
- Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer e. V.
- Büro für Landschaftsökologie
- Naturschutzring Dümmer e. V.
- Naturschutzstation Dümmer
- Wettfahrtgemeinschaft Dümmer e. V.
- Landkreis Diepholz

6 Petitionsausschuss

(13. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte 54 Eingaben in **nicht öffentlicher Sitzung**.

Weiterhin behandelte der Ausschuss drei Eingaben in **vertraulicher Sitzung**.

2. Öffentliche Petitionen

Der Ausschuss besprach vier Eingaben, bei denen die Petenten eine Veröffentlichung erbeten hatten.

3. Terminabsprachen

Der Ausschuss setzte die Beratung über den Zeitraum für eine parlamentarische Informationsreise fort.

Ferner kam er überein, den für den 19. Dezember 2018 geplanten Sitzungstermin nicht wahrzunehmen.

Donnerstag, 29. November 2018

7 Ausschuss für Inneres und Sport

(37. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden des Landessportbundes Herrn Rawe zur Förderung des Sportstättenbaus und über die Sportförderung im Allgemeinen](#)

[Der Ausschuss führte das Gespräch und in diesem Zusammenhang auch eine Aussprache über den Änderungsvorschlag \(Vorlage 3\) zum Gesetzentwurf für den Haushaltsplan 2019 \(Drs. 18/1269 neu\) zur Erhöhung der Ansätze im Niedersächsischen Sportfördergesetz.](#)

2. a) **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die Überstundenpraxis während der Amtszeit von Herrn Oberbürgermeister a. D. Weil**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

b) **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zu Vorgängen im Nds. Ministerium für Inneres und Sport betreffend die sogenannte „Rathaus-Affäre“**

Der Ausschuss schloss sich dem Aktenvorlagebegehren der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP einstimmig an.

3. [Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbandes „Großraum Braunschweig“](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1408](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

Berichtersteller (schriftlicher Bericht): Abg. Bernd-Carsten Hiebing (CDU).

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit \(2. Nachtraghaushaltsgesetz 2018\)](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2023](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP, AfD
Enthaltung: GRÜNE

5. [Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/599](#)

Der Vertreter der AfD-Fraktion kündigte an, seine Fraktion werde einen Änderungsvorschlag einbringen oder den vorliegenden Antrag zurückziehen und einen neuen vorlegen.

6. [Konsequente Abschiebung von Gefährdern, Syrien-Rückkehrern und Salafisten](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/598](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, GRÜNE
Ablehnung: AfD
Enthaltung: -

7. a) [Zivilbevölkerung in Syrien schützen - niedersächsischer Verantwortung gerecht werden!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/830](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD
Ablehnung: GRÜNE
Enthaltung: FDP

b) **Familiennachzug dauerhaft aussetzen**
Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/843

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

8. **Bleiberechtsregelung verbessern - echte Perspektiven für integrierte junge Menschen schaffen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1528

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1385

Der Ausschuss bekräftigte mit den Stimmen der Vertreter der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD seinen Beschluss, den Antrag gemeinsam mit dem Reformgesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze (Drs. 18/850) zu beraten.

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur versehentlichen Übersendung von vertraulichen Akten durch die Polizei Görlitz an Herrn Rechtsanwalt Adam, Göttingen, sowie die Speicherung von Daten eines Journalisten im System INPOL und dessen mutmaßliche Beobachtung durch den Staatsschutz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

8 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(30. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses vom 28. November 2018**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen**
Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1380

dazu: Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unter Einbeziehung der Bereiche Gesundheitsgefahren durch E-Zigaretten und eventuell notwendige gesetzliche Änderungen zum Nichtraucherschutz, zu der Rechtslage in anderen Bundesländern, insbesondere in Schleswig-Holstein, sowie den Einsatz von Kohlenmonoxidmeldern

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die weitere Beratung des Antrags stellte der Ausschuss bis zur Vorlage des für das 2. Quartal 2019 angekündigten Abschlussberichts über die Auswertung der von der Gewerbeaufsicht im Jahr 2018 durchgeführten Schwerpunktaktionen zurück.

3. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Pflege in Niedersachsen“, hier insbesondere zum Bereich der Pflegeschulen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. a) **Übernahme der Ausbildungskosten in der Physiotherapieausbildung durch das Land Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1519

b) **Gesundheitsfachberufegesetz vorlegen - Schulgeldfreiheit sichern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2192

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

5. a) **Von Gewalt betroffene Frauen nicht vor verschlossener Tür stehen lassen - Frauenhäuser stärken, Rechtsanspruch schaffen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/829

b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt im sozialen Nahraum (Niedersächsisches Frauenschutzgesetz - Nds. FrauSchG)**

Gesetzesentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/1078

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Antrags und des Gesetzesentwurfs bis zur Vorlage eines von den Fraktionen der SPD und der CDU angekündigten Antrages zurück.

6. **Rechte von Transsexuellen, Transidenten, Transgender und Menschen mit entsprechender Biografie stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1388

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

7. Unterrichtswünsche

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über die Ermächtigung der Erzieherinnen und Erzieher in integrativen Kindertagesstätten in NRW zur Erbringung therapeutischer Leistungen.

Ferner bat der Ausschuss die Landesregierung um eine schriftliche und gegebenenfalls mündliche Unterrichtung über Operationsfehler und das Risikomanagement am Klinikum Schaumburg.

Des Weiteren bat der Ausschuss die Landesregierung für die Sitzung am 10. Januar 2019 um eine Unterrichtung über die Patientensicherheitsoffensive von APS, vdek und Ersatzkassen mit sieben konkreten Forderungen für mehr Patientensicherheit.

Zudem bat der Ausschuss die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über die Erkenntnisse aus der Niedersächsischen Suchtkonferenz vom 26. November 2018.

9 Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

(16. - vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über die Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

2. Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

Freitag, 30. November 2018

10 Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(14. - teilweise nicht öffentliche - Sitzung)

Beratungsthema:

Medienpolitisches Gespräch mit dem Intendanten des ZDF, Herrn Dr. Thomas Bellut und Mitgliedern des Fernsehrates

Der Ausschuss besichtigte die Räume des ZDF-Landestudios Niedersachsen und führte in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil ein Gespräch über die Programmgestaltung, die Finanzierung und die Strategie des ZDF.

Gesprächspartner waren Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF, Peter Kunz, Leiter des ZDF-Landestudios Niedersachsen, Marlehn Thieme, Vorsitzende des Fernsehrates, sowie die Fernsehratsmitglieder Dr. Jörg Mielke, Wilhelm Schmidt und Kerim Ocakdan.

11 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
(24. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Vertraulicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch Herrn Wirtschaftsminister Dr. Althusmann zu aktuellen Ereignissen bei der Volkswagen AG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Öffentlicher Sitzungsteil

2. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung zum Thema „Aus für die CeBIT“ und deren Folgen**

Der Ausschuss beschloss, sich durch die Landesregierung mündlich unterrichten zu lassen.

3. a) **Niedersachsen braucht jetzt ein eigenes LNG-Konzept!**
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1392](#)
- b) **Flüssiggasterminal an der niedersächsischen Nordseeküste errichten, umfassendes LNG-Konzept erstellen**
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2194](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags zu a) unter Berücksichtigung eines Auszugs aus der Niederschrift des Unterausschusses „Häfen und Schifffahrt“ und eines Auszugs aus der Niederschrift des mitberatenden Umweltausschusses, aus denen sich deren Meinungsbild ergibt, fort und nahm die Beratung des Antrags zu b) auf.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP, AfD

Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP

Enthaltung: AfD

4. **Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Hersteller zügig voranbringen und endlich umsetzen**
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1632](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Hierzu lag ihm unter dem Datum vom 16. November 2018 eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung vor.

Die Koalitionsfraktionen kündigten die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU und gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz um Stellungnahme zu den seine Zuständigkeit berührenden Aspekten zu bitten.

Den Verfahrensantrag des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, heute über den Entschließungsantrag seiner Fraktion zu beschließen, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD und gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD - bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP - ab.

5. **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1843

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung unter Berücksichtigung des Inhalts einer schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung fort. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen kündigten einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag an. Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 1 GO LT den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz um Stellungnahme zu den seine Zuständigkeit berührenden Aspekten zu bitten.

6. **Carsharing und Elektromobilität voranbringen - Öffnungsklauseln für innerstädtische Parkplatzbewirtschaftung gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1853

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung unter Berücksichtigung des Inhalts einer schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung und einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens fort. Er kam überein, weitere schriftliche Stellungnahmen zu dem Antragsbegehren einzuholen. Jede Fraktion soll einen Sachverständigen benennen dürfen. Die Arbeitskreissprecher wurden gebeten, der Landtagsverwaltung die Namen der schriftlich anzuhörenden Sachverständigen mitzuteilen.

7. **Fortführung Landesprogramm - Radschnellwegenetz für Niedersachsen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1833

Der Ausschuss beriet den Antrag, der in der 31. Plenarsitzung an ihn zurücküberwiesen wurde, erneut und hielt an seiner Beschlussempfehlung - Drs.18/2044 - mit unverändertem Abstimmungsverhalten fest:

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

8. **Tarifautonomie und Mitbestimmung stärken - Gewerkschaften beim Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2032

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung mit einer mündlichen Unterrichtung durch die Landesregierung fort.

Auf Bitte des Sprechers der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, wegen des am 7. und 8. Dezember 2018 stattfindenden Bundesparteitags der CDU am 7. Dezember 2018 keine Ausschusssitzung durchzuführen.

Auf Wunsch des Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen traf der Ausschuss vor diesem Hintergrund folgende Vereinbarungen:

Der Ausschuss lässt sich unter dem Eindruck der jüngsten Kritik aus dem Landkreis Lüneburg am Dialogforum und insbesondere dem Projektbeirats zeitnah durch die Landesregierung zu dem Projekt Alpha E schriftlich unterrichten.

Der Ausschuss beginnt in der Sitzung am 11. Januar 2019 mit der Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Schnelles Netz für alle: 5G-Versteigerung muss sinnvolle Parameter setzen“ - Drs. 18/2141.

Samstag, 1. Dezember 2018

12 Ausschuss für Inneres und Sport

(38. - teilweise vertrauliche - Sitzung - teilweise auswärtig)

Beratungsthema:

Unterrichtung hinsichtlich des Fußballspiels in der 1. Bundesliga, Hannover 96 vs. Hertha BSC Berlin

Der Ausschuss nahm zunächst eine Unterrichtung durch POR Kiel (Polizeiinspektion West) zur regelmäßigen Einsatzbewältigung und zu Besonderheiten im Kontext Fußball entgegen und führte darüber eine Aussprache. Sodann besuchte er die Einsatzzentrale der Polizei in der HDI-Arena und ließ sich über die dortigen Möglichkeiten und Grenzen unterrichten. Abschließend führte er in einem **vertraulichen Sitzungsteil** ein Gespräch mit dem Veranstaltungsleiter von Hannover 96, Herrn Meier, sowie mit dem Vereinspräsidenten Herrn Kind.

Im Auftrage

Kleinwächter